



**VERTRAULICH**

PB Nr. 4 / KA

Havanna, Ende Mai 1992

Rück- und Ausblick -  
Schlussbericht Kuba

---

- 1) Schlaglichtartig beleuchten zwei Ereignisse die tiefgreifend veränderten internationalen Rahmenbedingungen, von jeher konstitutiv für Entwicklung und Festigung der kubanischen Revolution in ihrem besondern Umfeld. Kurze Zeit nach meiner Ankunft in Havanna wurde im Gefolge des Gorbatschew-Besuches im Frühjahr 1989 der von Kuba lange erwartete 25-jährige Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet, der Castros Weg in die Zukunft abzusichern schien, wiewohl die ideologischen Differenzen nicht überbrückt, sondern im Besuchsergebnis des "agree to disagree" bestätigt wurden. Bei meinem Weggang, 3 Jahre später, hatte die Sowjetunion aufgehört zu existieren und deutlich beginnt sich kühle Distanziertheit zu der in ihrer Nachfolge massgeblichen Russischen Föderation zu entwickeln, mit Beziehungen auf strikt nicht - ideologischer Ebene. Der Wegfall des einzigen Verbündeten, der vorangegangene Zusammenbruch des Ostblocks und die schroffe Absage, sich von einem angeblich in die Irre treibenden Zeitgeist verführen zu lassen, führten zu schwersten Rückschlägen an Innen- und Aussenfront und Castros Revolution in ihre bisher tiefste Krise. In fortschreitender internationaler Isolierung, völlig auf sich zurückgeworfen und verunsichert, mit einer Defensivstrategie, die dem Regime Zeit kaufen soll zum Selbsterhalt und zur Neuorientierung der wirtschaftlichen Aussenbeziehungen, steht das Regime heute in einem vorab wirtschaftlichen Ueberlebenskampf, den zu bestehen, koste es, was es wolle, man entschlossen ist.
  
- 2) Im Gleichschritt mit den Ereignissen in Osteuropa verschärfte sich der Ton ideologischer Abgrenzung und Abschottung, begleitet von verstärkten Massnahmen umfassender militärischer Abwehrbereitschaft, damit eindrücklich ein Bild des Rückzugs in belagerte Festung widerspiegelnd.

Krisis und Zusammenbruch des Sozialismus wertete man als Ergebnis eines vom Reformpfad abgekommenen verräterischen Prozesses fortschreitender Negierung der sozialistischen Doktrin in zerrütteten, von aussen sturmreif geschossenen Gesellschaften. Legitimität und Erneuerungskraft des "wahrhaften sozialistischen Modells der gerechten Entwicklung einer gleichberechtigten Gesellschaft" erscheint ungebrochen unter der Voraussetzung, dass die der Reinheit der Lehre inhärenten vitalen Kräfte gestärkt würden. Auf solches Ziel der Systemstärkung durch ideologische Intransigenz und gesteigerte Leistungs- und Durchsetzungskraft des Einparteienstaates (Rektifikationsprozess) hin liefen die dann durch die "Spezialperiode" zurückgedrängten Reformbestrebungen, die Anlass bildeten zur Einberufung des IV. Parteikongresses. Die Orthodoxie begriff sich aber auch als einzig möglicher Politikurs angesichts einer allerorts ausgemachten Bedrohung durch die USA. In geschickter Geschichtsklitterung wird die sozialistische Revolution, im Fortgang der Geschehnisse immer stärker überlagert durch das patriotisch nationalistische Credo, zur Apotheose kubanischer Befreiungsgeschichte. Jedes Abweichen führt in solcher Sicht zu nationalem Iden-



titätsverlust und rechtfertigt, um dieses geschichtlichen Auftrages willen, notfalls apokalyptisches Ausharren und Widerstehen. Allein der doktrinäre Immobilismus garantiert aber auch die beanspruchte absolute Machterhaltung für den die Revolution verkörpernden Maximo Lider.

Die beiden von aussen immer häufiger geforderten Systemöffnungen: Aenderung der Wirtschaftsordnung und politische Demokratisierung wurden entschieden verworfen. Vor dem Hintergrund "euforischen Glaubens an neoliberale kapitalistische Wirtschaftspraktiken" verstand Castro seine Absage auch stellvertretend für die 3. Welt geführt, gerichtet gegen eine Doktrin, die durch ständige Vertiefung der Ungleichheit aus ungleicher Einkommensverteilung - diametral seinem rückhaltlos verfolgten Entwicklungsmodell der sog. "gerechten Entwicklung" entgegengesetzt - verantwortlich sei für die wachsende Verarmung und Verelendung gerade in Lateinamerika. Die erneut sichtbaren soziopolitischen Erschütterungen in Lateinamerika, nicht bloss auf Venezuela beschränkt, erscheinen als logische Bestätigung einer falschen Politik.

Die Forderung nach Systemdemokratisierung wird als Verstoss gegen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht zurückgewiesen. Nach hiesiger Lesart legitimiert sich die kubanische Revolution in ihren Erfolgen und der daraus sich ergebende Auftrag darf nicht durch "politische Unvernunft" gefährdet werden. Den ausländischen Kritikern bestritt man vielfach die Glaubwürdigkeit, weil wahre Demokratisierung notwendigerweise die Befriedung elementarer Grundbedürfnisse und sozialen Ausgleich bedingten, worauf basierend wirkliche Mitbestimmung erfolgen könne. Gerade darin aber fehlten, im Unterschied zu Kuba, die bürgerlichen Gesellschaften, wie auch hier der Blick auf Lateinamerika zeige. Bestritten wird die Forderung, wonach demokratische Erneuerung ein Mehrparteiensystem bedinge. Kubas Einparteiensystem erfülle, gerade aufgrund gemachter historischer Erfahrungen, das der äussern Bedrohungslage angemessene Erfordernis nationaler Einheit und Geschlossenheit.

Das Fazit des sich kämpferisch gebenden orthodoxen Positionsbezuges ist unmissverständlich: ein Reformprozess im Sinne wirklicher Systemdemokratisierung ist mit Fidel Castro nicht zu haben, noch die kampflose Aufgabe des Besitzstandes, denn echte Kommunistenpflicht sei es, wie wiederholt bekräftigt wurde, unter allen Umständen zu kämpfen. Das grimmige Bekenntnis notfalls zum Alleingang verband man mit frühzeitiger Vorbereitung der Bevölkerung auf abverlangte harte Opfer.

- 3) Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und insbesondere der UdSSR, mit der in engster Abhängigkeit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes betrieben wurde, stürzte Kubas Wirtschaft, dazu wenig vorbereitet, in einen Kampf ums Ueberleben. Als Folge wachsender Schwierigkeiten (steigende Aussenverschuldung) in den 80er Jahren hatte sich die Ausrichtung auf diese Märkte, mit denen 85% des gesamten Aussenhandels getätigt wurden, noch verstärkt. Der Verlust der günstigen Kredite und Präferenzpreise garantierenden Märkte hatte einen etwa 50%igen Kaufkraftverlust und, dadurch bedingt, einen eigentlichen Importkollaps zur Folge, der zu wirtschaftlicher Desorganisation, sich ausbreitenden Produktionsstillegungen, Arbeitslosigkeit sowie einer sich akut zuspitzenden Versorgungskrise führte, die hauptsächlich dank blühendem Schwarzmarkt bewältigt werden kann. Der kubanischen Kommandowirtschaft fehlen alle Voraussetzungen und Kenntnisse, eine rasch zu leistende Umstellung und Anpassung an marktwirtschaftliche Gegebenheiten, wie sie nun auch die ehemaligen Alliierten fordern, zu leisten. Die Wirtschaftskrisis,

- 3 -

deren Zuspitzung im laufenden Jahr noch erwartet wird, wird von 2 Themen dominiert: es gilt, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und ausreichende Energieversorgung zu garantieren.

Als Antwort auf wachsende Schwierigkeiten und unsichere Lieferversprechen wurde im Sommer 90 eine wirtschaftliche Ueberlebensstrategie (Periodo especial en tiempo de paz) in Kraft gesetzt, flankiert von Rationalisierungs- und Sparmassnahmen. Zentrale Elemente sind der Ernährungsplan, der grösstmögliche Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln schaffen soll, sowie klare Prioritätensetzung im Produktionsbereich für devisenschaffende Bereiche (Biotechnologie, Pharmaproduktion, Tourismus, Exportindustrie). Unter massivem Druck der Stunde fand sich das Regime zu selektiven Anpassungen bereit und begann, die lange Jahre toter Buchstabe gebliebene Idee der Beteiligung von Auslandskapital in ausgewählten Wirtschaftszweigen aktiv zu fördern. Gleichzeitig wurden gewisse strukturelle Reformen in der Handhabung des Aussenhandels (Dezentralisierung) und Managementreformen eingeführt mit dem Ziel erleichterter Wiedereingliederung in den Weltmarkt. An der Aussenfront ist eine rastlos tätige Wirtschaftsdiplomatie in jüngster Zeit bemüht, das durch das Verschwinden der UdSSR entstandene Vakuum durch Sicherung bisheriger Märkte unter neuen Voraussetzungen (Staaten der GUS) sowie Erschliessung neuer Märkte (islamische Länder, Südostasien) aufzufüllen zu versuchen.

Während die offizielle Lesart für die Krisis ausschliesslich externe, uneinflussbare Faktoren verantwortlich machen will, gilt es festzustellen, dass die doktrinäre Verweigerungshaltung die bekannten Schwächen und Deformierungen (einseitige Abhängigkeit, übergrosse Importabhängigkeit, mangelnde Produktivität und Arbeitsdisziplin etc.) einer maroden Staatswirtschaft angesichts völlig veränderter Rahmenbedingungen nur noch deutlicher hervortreten liess.

Mit grosser Skepsis sind die Erfolgsaussichten sowie der mittelfristig erwartete Durchbruch mit der neuen Wirtschaftsstrategie zu beurteilen. Der Ernährungssektor verzeichnet zwar bessere, aber weiterhin unzureichende Produktionsergebnisse und die Zwangsmobilisierungen zu kurzzeitigem "Landdienst" stehen in keinem vernünftigen Kosten-Nutzenverhältnis. Ueberzogen erscheinen trotz dem für ein 3. Weltland hoch entwickelten Standard und einigen erfolgreichen Produktionen (Vakzine, Medikamente) die Erfolgserwartungen bei Forschung und Applikation im Bereich Biotechnologie und Pharma angesichts des wenig abgesicherten Qualitätsstandards, fehlender Markterfahrung und -kontakte und des geringen Investitionsvermögens auf diesem dynamischen, international hart umkämpften Markt. Realistischer erscheinen punktuelle Erfolge spezialisierter Niscentätigkeit in Drittwelt-Staaten.

Trotz grosser Promotion ist man sich wohl bewusst, dass die Joint-Ventures mit den "Kapitalisten", die vorab im Tourismus gewisse Erfolge erzielten, das Land nicht aus seinen Problemen loskaufen können. Immerhin erhofft man sich von diesem Zusammengehen eine Ankurbelung des Aussenhandels, Steigerung von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit sowie Erwerb dringend benötigter Managementkenntnissen. Die relativ besten Prognosen sind dem Tourismussektor zu stellen, der in den letzten Jahren gute Zuwachsraten aufwies, aber zu sozialpolitisch nicht unproblematischer Apartheitssituation geführt hat. Nach wie vor ist Kuba aber völlig abhängig von der Einnahmequelle Zuckerwirtschaft. Da erstaunt es, dass nicht mehr für die Modernisierung des z.T. völlig überalterten Maschinenparks bereitgestellt wird. Setzt man nicht, wie wiederholt in der Geschichte der kubanischen Revolution, zuviel auf Diversifikationsoptio-

nen, die z.T. als ungedeckte auf die Zukunft gezogene Wechsel erscheinen mögen?

Noch 5 schwierige Jahre soll es nach Meinung des Regimes dauern, bis die notwendige Anpassung im Wirtschaftsbereich, wo sich das Schicksal der Revolution entscheidet, vollzogen sein werde. Ob es gelingt, wird davon abhängen, in welchem Mass Wille und Bereitschaft bestehen, wirtschaftliche Reformen anzupacken (jüngst forderte der Kongress der Jungkommunisten bedeutende Aenderungen in der Wirtschaft, u.a. Förderung der Arbeitsproduktivität, neue Salär- und Preispolitik), die allein über blosse Ueberlebenssicherung hinaus wieder Entwicklungsperspektiven zu schaffen vermöchten.

- 4) Die im Sinne der Rektifikation und später als Folge wachsender ideologischer Bedrängung und Isolierung betriebene Re-Ideologisierungskampagne verpuffte wirkungslos beim Grossteil der Bevölkerung. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und der wachsenden eigenen Schwierigkeiten, die ein spürbares Absinken des Lebensniveaus brachten, hat das sozialistische Modell gerade in den Städten letzte Glaubwürdigkeit verloren. Im Unterschied zu ähnlichen Schwierigkeiten in der Frühzeit der Revolution fehlt das damals tragende Element Hoffnung auf ein besseres Morgen. An seiner Stelle prägt wachsende Unzufriedenheit, Resignation und ein Verhalten bestmöglichsten Sich Arrangierens die Haltung der Bevölkerung, die völlig absorbiert ist mit der Lösung der als Folge der verpassten rigorosen Austeritätspolitik sich türmenden Probleme des täglichen Lebens. Zwar äussert sich heute die Kritik freimütiger und ist auch eine erhöhte Spannung in der Bevölkerung spürbar, doch setzt dem die alles dominierende Angst vor der sofort zuschlagenden Repression enge Grenzen. Viele wählen in solch auswegsloser Situation die Absetzung nach Norden auf verschiedenste Weise, vorab über die lebensgefährliche Strasse von Florida (1990: über 450, 1991 über 2'400 Flüchtlinge übers Meer). Die sich verhärtende innenpolitische Gangart widerspiegelt die aus den wachsenden existenzgefährdenden Schwierigkeiten entstandene Verunsicherung des Regimes und eine Belagerungsmentalität, die die Geschlossenheit der Reihen erzwingt, um den angeblichen vielfältigsten gesellschaftlichen Destabilisierungs- und Unterwanderungsversuchen seitens der USA zu begegnen. So hat sich nach kurzzeitiger Entspannung das Verhältnis zur einzigen unabhängigen Institution des Landes, der katholischen Kirche, unter dem Vorwurf gewisser konterrevolutionärer Komplizenschaft erneut angespannt. Den harschen Zugriff gegen alles Nichtregimekonforme bekommt insbesondere die MR-Dissidenz zu spüren. Die im vergangenen Jahr z.T. erfolgte Politisierung gewisser Gruppen sowie der Versuch, aus dem ihnen widerwillig zugestandenen Ghetto auszubrechen, löste ungeachtet der internationalen Folgen (Verurteilung in Genf) eine breite Verhaftungswelle mit dem Ziel organisatorischer Schwächung und möglicher Mundtotmachung aus. Obwohl sich das von den massgeblichen Gruppen geteilte Anliegen des friedlichen Wandels als Ergebnis eines alle Gruppen der Gesellschaft umfassenden Dialogs mit dem Wunsch weitester Bevölkerungskreise deckt, ist die Bedeutung der Opposition insgesamt weiter von geringer sozialer Relevanz, nicht nur wegen z.T. eigener Unzulänglichkeiten, sondern auch wegen massiver staatlicher Einschüchterung gegen allfällige Sympathisanten und angesichts folgenreicher Konsequenzen in einem ohnehin schon schwierigen Alltag.

Mit dem tiefgreifenden revolutionären Glaubwürdigkeitsverlust und der alles beherrschenden Mangelsituation einher geht auch eine moralische Krise und ein eigentlicher Wertezerfall (stark steigende Kriminalität, Schwarzmarkt, Korruption, Prostitution etc.).

Die Machtstrukturen des Systems erscheinen völlig intakt, zumal nach den Säuberungen im Gefolge des in seiner wirklichen Bedeutung noch ungeklärten Ochoa/Narcotraffic-Skandals, welche die Militärs, deren Führung loyal hinter dem Regime steht, durch noch vermehrte Betrauung mit wichtigen staatlichen Ueberwachungspositionen stärkte.

Die Partei ist längst nicht jener Monolith, als den sie sich darstellt. Die breitgeführte Aussprache in Vorbereitung des IV. Parteikongresses hat die Spaltung in der Frage deutlich gemacht, ob und wie weit Reformen durchzuführen seien. Unbestritten aber ist ihr Anspruch auf Führerschaft und Besitzstandwahrung ("keine Bereitschaft der Partei zum Selbstmord") und der absolute Machtanspruch Fidel Castros, wie er zuletzt vom IV. Parteikongress mit Akklamation bekräftigt wurde.

- 5) Durch die Geschehnisse im Ostblock in die Defensive gedrängt und auf sich selbst zurückgeworfen, war es nun plötzlich die Heimatfront, wo für die kubanische Revolution die vorrangige internationalistische Pflicht erwuchs. Gorbatschews Besuch im Frühjahr 89 sicherte Castro zwar seinen eigenen Weg zum Sozialismus, machte aber auch die tiefen Meinungsunterschiede zur Sowjetführung deutlich. Nicht uneigennützig warnte der "Maximo Lider" vor den Gefahren einseitiger Vorleistungen an den Imperialismus und verteidigte unbeirrt den ideologischen und militärstrategischen Status quo einer relativen Sicherheit bipolarer Weltordnung, zugleich ja auch alleinige Voraussetzung für Kubas Sonderstellung und der daraus sich ergebenden vielfältig genutzten Möglichkeiten aktiver Aussenpolitik in der 3. Welt. Aber wie einst strategische Interessen Moskau nach Havanna führten, leitete das "Neue Politische Denken" mit der neuen Perzeption dieser Interessen und dem sich daraus ergebenden Spannungsabbau den Rückzug ein. Immer deutlicher musste Havanna erfahren, dass für die Sowjetunion Verständigung und Kooperation zwischen Ost und West vorrangige Bedeutung bekamen und sie immer weniger gewillt war, bei der Interessenverfolgung und den Bestrebungen zum regionalen Konfliktabbau sich durch ein widerspenstiges Kuba stören zu lassen. Mit fortschreitendem Bedeutungsverlust der kubanischen Position kühlte sich das gegenseitige Verhältnis ab, noch zusätzlich belastet durch die zunehmenden beidseitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Nicht in den praktischen Auswirkungen, sondern in seiner politischen und symbolischen Aussage lag wohl die Bedeutung der einseitigen Ankündigung des geplanten sowjetischen Truppenrückzuges: er signalisierte noch vor dem Zusammenbruch der UdSSR das Ende der privilegierten Stellung des langjährigen Alliierten. Vorab unter dem Aspekt fortdauernder gegenseitiger komplementärer Wirtschaftsinteressen unterhält heute Kuba mit Russland und einer Grosszahl der Staaten der GUS normale bilaterale Beziehungen.

Die aus der Auflösung des Blockantagonismus entstandene unipolare Weltordnung "unter hegemonistischem US-Diktat" lehnt Havanna als ernste Bedrohung für die gesamte 3. Welt ab, da ein zum Weltpolizisten avanciertes "Imperio" versucht sei, seine nationale Sicherheit weltweit verteidigen zu müssen in Konfliktszenarien, die sich vorrangig in der 3. Welt abspielten. Damit eng verbunden sieht man auch den Versuch, auf Weltmassstab ein einzig gültiges soziales Gesellschaftsmodell durchzuzwingen. Wider solche von der Doktrin beschränkter Souveränität mitbestimmte "Gleichschaltung" pocht Havanna auf das ungeschmälernte Selbstbestimmungsrecht als unabdingbare Voraussetzung internationaler Beziehungen in heutiger Zeit. Hoffte man anfänglich mit der neuen, wie man glaubte, pragmatischeren Administration Bush sowie als Folge der guten Zusammenarbeit im Rahmen der Angola-Verhandlungen auf eine mögliche Entkrampfung

des Verhältnisses zu den USA, so wurde doch schon bald die unverändert verfahrenere und völlig blockierte Situation, beidseitig beherrscht von stereotypen Feindbildern, deutlich. So blieb, wie bisher, nur gerade Raum für Gespräche zur Regelung praktischer Probleme auf technischem Niveau. Trotz virulenter Ablehnungsrhetorik, oft innenpolitisches Manöver zur Ablenkung von Schwierigkeiten, betonte Havanna - der noch vitaleren Bedeutung verbesserter Beziehungen angesichts grundsätzlich veränderter Gegebenheiten bewusst - wiederholt seine Bereitschaft zu Gesprächen, die allerdings ohne alle Vorbedingungen und auf der Basis strikter gegenseitiger Respektierung und Gleichheit zu führen seien. Wohl unter dem Eindruck, dass die langjährige Embargopolitik immer deutlicher erwünschte Wirkung zeige, scheint in Washington - schon gar nicht in einem Wahljahr - keinerlei Veranlassung zur Kursänderung zu bestehen, vielmehr laufen die Bestrebungen von Administration und legislativer Seite in Richtung weiterer Embargoverhärtung mit der Absicht einer Beschleunigung der Agonie.

Die als Folge des Zusammenbruchs des Sozialismus erlittenen schweren Rückschläge für Kubas Aussenpolitik sind besonders auch im Verhältnis zur Dritten Welt auszumachen. Weit klaffen heute Anspruch (legitimierter Sachwalter der 3.-Welt-Interessen) und Wirklichkeit (wachsende Distanznahme) auseinander. Zwar wird im Rahmen beschränkter Möglichkeiten Entwicklungshilfe weiter geleistet, aber ein politisches Abrücken der Hilfsempfänger gegenüber dem ideologisch isolierten, von tiefgreifendem Prestigeverlust gekennzeichneten Havanna, das zudem die dringend benötigte wirtschaftliche Aufbauhilfe nicht liefern kann, ist offenkundig. Beispielhaft verdeutlichen dies die verschiedentlich vorgenommene Reduzierung der Botschaftsbestände sowie die seit Ende 89 fast schlagartige Beendigung des frühern ununterbrochenen Reigens von Staatsbesuchern aus der Dritten Welt, sinnhaft Bedeutung und internationale Statur des revolutionären Kuba unterstreichend. Der einst gesuchte gemeinsame Auftritt mit Fidel Castro wurde zusehends zur Belastung. Gleicher Befund der Distanzierung zeigt auch der Blick auf Kubas Stellung in den Gremien multilateraler Drittweltpolitik (NOAL/UNO).

Das Kapitel des aktiven militärischen Internationalismus ist nach den Truppenrückzügen aus Afrika beendet, ohne die gesteckten Ziele (Ausnahme Namibia) erreicht zu haben. Unter dem Druck der Verhältnisse wie auch der Rückschläge in Zentralamerika (Panama, Nicaragua) rückte man endgültig vom Revolutionsexport ab. Zu Jahresbeginn erklärte Fidel Castro, darauf anspielend, die Zeiten hätten sich geändert und Kuba habe sich geändert. Man werde die akzeptierten Normen internationalen Verhaltens respektieren.

Als Aktiva der Aussenpolitik sind vorab die Stärkung des Verhältnisses zu China, begleitet von der völligen Aussöhnung auf Parteiebene, sowie, als eigentlicher Schwerpunkt diplomatischer Aktivität, die aktiv betriebene weitere Annäherung an Lateinamerika zu nennen.

Die Einladung zum ibero-amerikanischen Gipfel in Guadalajara gab Castro - weiterhin in Teilen Lateinamerikas als Anti-Gringo-Revolutionär gefeierte Verkörperung des anti-US Reflexes der Region - Gelegenheit, Kubas Zugehörigkeit zu seinem natürlichen Lebensraum sowie die Notwendigkeit einer umfassenden Integration Lateinamerikas - ein Leitthema seiner Lateinamerika-Politik - zu betonen, an der sich Kuba aktiv beteiligen wolle. Nur gemeinsam seien die grossen Probleme der Region (Sicherheit, Verschuldung, soziale Krise) zu lösen, wie auch nur so im Blick auf eine sich abzeichnende zukünftige multipolare Weltordnung mächtiger Wirtschaftsblöcke die Region den ihr zugehörigen Platz zu sichern vermöge. Der Einigungsruf ist aber unüberhörbar geprägt von der Absage

gegenüber den allgegenwärtigen Vereinnahmungsabsichten der USA, in neuster Form präsentiert als "Initiative für Amerika", die nichts anderes sei als eine wirtschaftliche Monroe-Doktrin für Lateinamerika. Die regionale Disposition zu Kubas Wiedereinbeziehung in die lateinamerikanische Völkerfamilie ist getragen von der richtigen Erkenntnis, dass nicht durch Ausgrenzung die Radikalität letztlich bestärkt, sondern durch Einbindung und Offenhalten aller Kommunikationsformen Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten eines von den Kubanern selbst zu leistenden Systemwandels gefördert werden sollen. Die politische Akzeptanz zu erreichen, an der Castro viel gelegen ist, bleibt ihm indessen verwehrt. Bei allen möglichen Erfolgen im Einzelnen (teilweise Wiederaufnahme der Beziehungen zu Kolumbien, Chile und Belize) bleibt unbestritten, dass ohne von Havanna ausgehende wirkliche Reformsignale die volle diplomatische Wiedereingliederung in Völkergemeinschaft und interamerikanisches Staatensystem nicht erfolgen kann.

- 6) In ihrem 34. Jahr erscheint die Zukunft der kubanischen Revolution ungewisser denn je in ihrer Geschichte. Wird sie sich durchretten können? Wie einst, hält Fidel Castro alle Macht in dem von ihm bis ins Detail dirigierten Staat fest in seinen Händen und führt einen erbitterten Kampf um die Machterhaltung. Die Tragik dieser auf ihre Weise noch immer beeindruckenden, noch über gewisses Charisma verfügenden, schillernden und komplexen Persönlichkeit liegt darin, dass sie einer gerade um der Erhaltung der sozialen Erfolge der Revolution notwendigen Anpassung und Systemöffnung durch Doktrinarismus und Selbstüberschätzung im Wege steht und damit die fortschreitende Unterminierung (schon heute insbesondere im Gesundheitswesen überall zu spüren) und schliessliche Auflösung in Kauf nimmt, je länger der ideologische Immobilismus des Status quo sich dahinschleppt. Das auswegslose Credo des "Socialismo o muerte" als Kursrichtung für Bewegung und Gesellschaft lässt keinen Raum für friedlichen Wandel und Öffnung. Dahinter steht der Anspruch absoluter Verfügungsgewalt und Kontrolle des Maximo Leaders, der allen Ansätzen eigenständiger Tätigkeit und daraus möglicher entstehender Gefahren für das Machtzentrum eine Absage erteilt. Unter solchen Vorzeichen stimmen auch die wirtschaftlichen Anpassungsversuche letztlich skeptisch. Der Leitsatz des Regimes erscheint als blosser Chiffre für den widerspruchlosen Führerstaat, dessen Machtposition durch den Gefügigkeit erzwingenden Repressionsapparat ungebrochen erscheint. Dazu kommt der Umstand, dass die Jahre des Wandels in Osteuropa und der UdSSR hierzulande ausser Hoffnungserwartungen vorab in der jüngeren Generation zu keinerlei konkreten Folgen führten und aufgrund der bekannten Gegebenheiten auch nicht den Aufbau klarer Alternativpositionen begünstigten und sich so letztlich systembegünstigend auswirkten.

Eine der m.E. heute zentralen Fragen ist jene nach den Auswirkungen der Desillusionierung für eine grundsätzliche Reformwilligkeit im Volk. Bewusst vor dem Hintergrund eines zwar kargen, aber menschenwürdigen und sozial abgesicherten Daseins hierzulande führen die Medien eine "worst-case-scenario" Propaganda im Zusammenhang mit einem allfälligen Systemwandel: illustriert durch ungezügelter Chaos und soziale Misere im ehemaligen Ostblock und der Ex-UdSSR, durch Wiederbelebung der tiefsitzenden Angst vor einem drohenden "Miami-Diktat" und damit einhergehenden Besitzrückgabeansprüchen sowie - aktuell im Zeichen verstärkter Annäherung an Lateinamerika - durch Hinweis auf menschenunwürdige Verelendung als Folge eines Kapitalismus' der Armut, wie er viele Teile von "nuestra America" beherrsche und wie er wohl dann auch Kubas Schicksal bestimmen würde. Solche Propaganda hat eine doppelte Wirkung. Wohl bleibt die Angst-mache gerade bei Schichten, die von der Revolution profitierten (geschulter

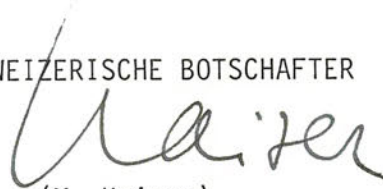
- 8 -

Mittelstand, Akademiker, Schwarze) und ihnen einen mühsam erreichten Sozialstatus verschaffte, nicht ohne Folgen. Sie verfängt indessen kaum bei der Vielzahl, die von der ganzen Härte der Krise betroffen sind. Der grundsätzliche Wille zum Wandel hat sich in weiten Volkskreisen erhalten angesichts der immer wieder zu hörenden Beurteilungslage, schlechter könne es einem kaum noch gehen, als dies schon heute der Fall sei. Dem Verweis auf Osteuropa und Lateinamerika wird entgegnet mit der Feststellung des völlig Anderssein des Inselstaates. Der zentrale Orientierungspunkt bleibt unverändert und weit über die Jugend hinaus trotz aller virulenter Rhetorik des Systems der "Gigant im Norden", seine zivilisatorischen Errungenschaften und die bewunderte Güterfülle. Der Ausbruch aus Lethargie und Frustration gelingt nicht, weil der Wille zum Wandel angesichts fehlender klarer Vorstellungen und Konzepte konfus und perspektivlos bleibt und so die damit verbundenen Risiken zu hoch erscheinen. Man täusche sich aber nicht, in der Resignation eine Zustimmung zum Status quo ausmachen zu wollen.

Unvorhersehbare, das Volk zum Aufstand treibende Katastrophensituation (Hungersnot, völliger Zusammenbruch der Wirtschaft) ausgenommen, geht man heute davon aus, dass, sollte es wirklich zu einer Umwälzung kommen, diese aus dem Machtapparat heraus zu erfolgen hätte, doch gibt es dazu für den ausländischen Beobachter keinerlei Andeutungen. Vielmehr dominiert die Ansicht, dass sich bei angenommener notdürftiger Versorgungs- und Betreuungsbedarfbefriedigung das Regime wird halten können, solange die überragend dominierende Autorität Fidel Castros, der mit seinen 65 Jahren einen gesundheitlich unverwüstlichen Eindruck macht, die Zügel führen will.

Nichts also deutet auf raschen Wandel und Befreiung aus einer völlig blockierten Situation hin. Reformen sind aber unumgänglich, soll sich das Land aus wirtschaftlichem Marasmus und politischer Isolierung befreien. Je länger dieser Prozess hinausgeschoben wird, umso mehr besteht nach Castros Abgang die Gefahr eines völlig unkontrollierten, möglicherweise gewalttätigen und chaotischen Zusammenbruchs.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



(M. Kaiser)